

# Geraubte Knochen

**A**m gleichen Tag, als in Berlin eine Posse der Erinnerungskultur aufgeführt wurde, traf die Bundeskanzlerin im Senegal ein, um alles klarzumachen für die deutsche Wirtschaft. Es ging um Fluchtursachenbekämpfung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Wettlauf mit den Chinesen. Letzteres sogar im Bereich der Erinnerungskultur, für die Deutschland doch eigentlich Experte sein soll. China hat erst kürzlich den Bau eines nationalen Museums im Senegal finanziert.

Die Aufarbeitung kolonialer Verbrechen und das Erinnern daran ist zwar mittlerweile als Desiderat ins Regierungsprogramm aufgenommen, aber die Bundesrepublik hat sich dabei bisher nicht mit Ruhm bekleckert. Die Kritik am Humboldt-Forum und den ethnologischen Sammlungen aus den Dahlemer Museen, die Debatte über koloniale Raubkunst haben die deutsche Kulturpolitik erreicht, aber vieles spielt sich bisher im verborgenen ab – im Unterschied zu Frankreich, wo Staatspräsident Macron öffentlich darüber spricht, das afrikanische Erbe in großem Stil zurückgeben zu wollen.

In einem Festakt im französischen Dom, ausgerichtet von der evangelischen Kirche, hat die Bundesrepublik jetzt – nach ähnlichen Aktionen der Charité in den Jahren 2011 und 2014 – Gebeine an Namibia zurückgegeben, *human remains* aus der Kolonialzeit. Die Deutschen hatten die geraubten Knochen als Material für rassistische Forschungen missbraucht oder in anthropologischen Sammlungen ausgestellt, um die Überlegenheit der weißen »Rasse« zu belegen. Allein in Berlin befinden sich noch mindestens 11.000 solcher menschlichen Überreste meist unbekannter Herkunft, ganz zu schweigen von Kunst- und Kulturobjekten aus Afrika in Museen in ganz Europa.

Aber bei der Gedenkveranstaltung am 29. August ging es nicht um Restitution. Sie reiht sich ein in den jahrelangen Prozess der Verweigerung und der juristischen Spitzfindigkeiten um die Bewertung der deutschen Kolonialverbrechen. Seit 2016 führt die Bundesregierung Verhandlungen mit der Regierung Namibias über ein mögliches Einvernehmen darüber unter formalem Verzicht auf finanzielle Forderungen; seitdem verwendet sie den Begriff Völkermord, allerdings nur im Sinn »einer historisch-politisch geführten öffentlichen Debatte«, aus der sich »keine Rechtsfolgen ergeben«, da dieser Straftatbestand erst 1948 in das Völkerrecht aufgenommen wurde. Eine offizielle Entschuldigung (zum Beispiel im Bundestag wie bei der Armenien-Resolution im Juni 2016) für die von den Deutschen begangenen Verbrechen fehlt. Süffisant hatte denn auch der türkische Präsident Erdoğan den deutschen Abgeordneten mit dem Verweis auf die Verbrechen in Deutsch-Südwestafrika das Recht auf Kritik an den Massakern an Armeniern im Osmanischen Reich abgesprochen.

Unter Historikern ist der Tatbestand des Völkermords in Deutsch-Südwest unumstritten. Der Kommandeur der kaiserlichen »Schutztruppen«, Lothar von Trotha, befahl ihn im Oktober 1904: »Jeder Herero, mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh, wird erschossen, ich nehme keine Weiber und keine Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück und lasse auf sie schießen.« Die Herero hatten sich gegen Landraub und die deutsche Herrschaft gewehrt, woraufhin die

Deutschen sie nach der Schlacht am Waterberg in die Omaheke-Wüste trieben, wo die meisten verdursteten. Die Überlebenden hat man zur Strafe in Konzentrationslagern interniert. Bei der brutalen Verfolgung der Nama wenige Monate später starben 70 Prozent dieser Volksgruppe, etwa 10.000 Menschen. Insgesamt töteten die Deutschen während der Kolonialzeit gezielt etwa 100.000 Angehörige der Volksgruppen der Herero und Nama.

Bei der Übergabe der Gebeine waren Angehörige der Herero und Nama und die Kulturministerin Katriona Hanse-Himarwa zugegen – hochrangige Vertreter der Bundesregierung nicht. Nicht eingeladen war der oberste Chief der Herero, Vakuii Rukoro, der die Bundesregierung zusammen mit dem Nama-Chief David Frederick im Januar 2017 in New York auf eine hohe Entschädigungssumme verklagt hat. Er war dann doch da und überraschte die Gastgeber mit der Forderung an die deutsche Regierung, die »volle Verantwortung für den Genozid an den Herero und Nama« zu übernehmen. Die namibische

Botschaft hatte – auf Druck der Bundesregierung, so hieß es – Teile der Initiative »Völkermord verjährt nicht« des Vereins Berlin Postkolonial eingeladen. Die Aktivisten veranstalteten vor der Kirche eine Mahnwache. Michelle Müntefering (SPD), Staatsministerin im Auswärtigen Amt, sprach von der Rückgabe als »wichtigem Signal« und in üblicher Sprachregelung von »Verbrechen, die man heute Völkermord nennen würde«, und von »Wegen«, die man finden müsse, »um gemeinsam zu erinnern«. Aber mit Erinnerungskultur ist es nicht getan. Die Herero wollen Fakten: Anerkennung der Schuld, Entschuldigung und Entschädigung. Das will die Bundesregierung vermeiden. Wenn man den Forderungen nachkäme, müsste man weitere Ansprüche fürchten, zum Beispiel

von Griechenland, Polen oder Russland. Der russische Außenminister Lawrow stellt regelmäßig die Frage nach den nichtjüdischen Opfern der Blockade Leningrads, und in Warschau hat die Familie eines Opfers medizinischer Experimente im deutschen Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau gerade die erste Privatklage gegen die deutsche Regierung auf Entschädigung eingereicht.

Kompliziert ist die Situation durch die Tatsache, dass sich nicht alle Herero und Nama von der namibischen Regierung vertreten fühlen. Diese wird seit der Unabhängigkeit im Jahr 1990 von der ehemaligen Befreiungsbewegung South West Africa People's Organisation (Swapo) gestellt, der Partei der Bevölkerungsmehrheit des Landes, der Ovambo. Eingeweihte werfen ihr Korruption und Misswirtschaft vor. Die circa 800 Millionen Euro Entwicklungshilfe, die Deutschland bisher an Namibia gezahlt hat und die in Diplomatenkreisen als eine inoffizielle Form der Wiedergutmachung gilt, kommt bei den Nachkommen der Herero und Nama nicht an. Und es geht nicht nur um Geld, sondern auch um eine Landreform, sagt Israel Kaunatjike, in Berlin lebender Herero und Mitglied des Bündnisses »Völkermord verjährt nicht«. Ein Viertel des namibischen Staatsgebiets gehöre immer noch den Nachfahren deutscher Siedler, während die Herero in Armut leben. Doch ein Ende des Rumeierns, des heimlichen diplomatischen Kuhhandels und des unwürdigen Umgangs mit den Nachfahren der Opfer ist nicht in Sicht. ●

